

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXV/23

Bonn, den 4. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Alle Chancen ausloten! 80

Es gibt nichts Geheimnisvolles bei den Gesprächen
in Moskau und Warschau

3 Erfreuliches Ergebnis 30

Regierung Brandt/Scheel im Lichte einer großen Meinungsumfrage
80 Prozent sind mit Leistungen zufrieden

4 E-Werk verdrängt Donauromantik am "Eisernen Tor" 50

Insel Ada Kaleh versinkt in den Fluten
Von Rudolf Hornig

5 - 6 Die Nachwehen des Bürgerkrieges in Nigeria 69

Nigerias Triumph über Biafra entzweit die britische Nation
Von Hans Joachim Weröke, London

Alle Chancen ausloten!

Es gibt nichts Geheimnisvolles bei den Gesprächen
in Moskau und Warschau

sp - Der Streit darüber, ob in den fünfziger Jahren die Regierung Adenauer mögliche Chancen einer Wiedervereinigung Deutschlands versäumte, sie mißachtete oder nicht erkannte, wird noch lange die Historiker beschäftigen. Einen aktuellen Bezug hat dieser Streit freilich nicht. Immer wieder spielt in dieser nun akademisch gewordenen Auseinandersetzung die berühmte Note Stalins vom März 1952 eine Rolle, aber auch die mahnenden Warnungen der Sowjetunion vor der Unterzeichnung des Deutschland-Vertrages von Mai 1955, der die Bundesrepublik Deutschland in das Bündnissystem der NATO eingliederte. Eines muß man Adenauer bei dieser damals so hart umkämpften und die politischen Leidenschaften aufwühlenden Entscheidung, die eine Weichenstellung deutscher Politik bedeutete, zugute halten. Er und sein damaliger Außenminister von Brentano glaubten durch das Bündnis mit dem Westen, durch eine Politik der militärischen Stärke die Sowjetunion unter Druck setzen zu können. Diese heute im Rückblick weltfremd wirkende Vorstellung erwies sich als eine Fehleinschätzung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse von historischen Folgen.

Die Unionsparteien reagieren auf solche Feststellungen recht heftig, zuweilen auch hysterisch; sie wollen sie nicht wahrhaben, doch widerlegen können sie sie nicht. Die damaligen von ihnen gestellten Regierungen unter der Kanzlerschaft Adenauer müssen sich sagen lassen, daß sie in Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands einem schweren Irrtum unterlegen und daß sie - aus welchen Gründen auch immer - andere Prioritäten verfolgten. Sie haben eben nicht ausgelotet, welche Chancen die damaligen Angebote der Sowjetunion vielleicht für die deutsche Sache enthielten.

Die Geschichte kennt keine Wiederholung. Sowjetrussische Angebote, wie sie damals erfolgten, sind nicht mehr zu erwarten. Heute gibt es zwei deutsche Staaten, eingebettet in verschiedene Bündnissysteme und mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen.

Heute steht nicht mehr die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Tagesordnung internationaler Politik; sowohl der Westen als auch der Osten gehen bei ihrer Dispositionen von der Existenz zweier deutscher Staaten aus. Die Vorstellung, die Energien des deutschen Volkes in einem ungebundenen Staat sich auswirken zu lassen, führt gleichermaßen in West und Ost zu Unbehagen. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine der stärksten Handelsmächte der Welt, die DDR wetteifert auch schon in der Rangfolge industrieller und technischer Leistungsfähigkeit mit Italien. Im Ostblock nimmt sie die erste Stelle

als Lieferant von heißbegehrten hochwertigen Industrieprodukten ein. Diese Fakten prägen die Wirklichkeit von heute. Mit ihnen muß jeder rechnen, sind sie doch Bestandteil deutscher u n d internationaler Politik.

Die Wiedervereinigung Deutschlands steht heute nicht auf der Tagesordnung europäischer Politik und der Weltpolitik, wohl aber die alle Völker bewegende Frage, wie der Friede in Europa sicherer gemacht werden kann - t r o t z der Spaltung Deutschlands und Europas. Die Spaltung selbst hat in sich ihre Gefahren und Unsicherheiten; sie auf ein Minimum zu reduzieren bleibt die zu lösende Aufgabe der kommenden Jahre. Für eine lange Zeit, wenn nicht für immer, gilt es Abschied zu nehmen von dem durch Kriege zusammengeschweißten Reich Bismarcks. Dieses hat sich durch seine Nachfolger selbst den Todesstoß gegeben. Romantiker und Phantasten mögen die Wiederkehr des "Reiches" herbeisehnen, auf die Zukunft als Bundesgenossen dürften sie hierbei nicht zählen können.

Die Regierung Brandt/Scheel hängt weder an romantischen oder phantastischen Vorstellungen. Sie handelt nüchtern, illusionslos und beharrlich, ausgehend von der europäischen Wirklichkeit, wie sie heute, 25 Jahre nach Kriegsende, besteht.

Deutsche Politik wird heute danach gemessen, ob sie hilft, den Frieden sicherer zu machen. Die Erhaltung des Weltfriedens hängt gewiß nicht allein von den Deutschen ab, wohl aber mit von dem Verhalten, das die Deutschen, geteilt in zwei Staaten, unter- und miteinander praktizieren, sowie von dem Gelingen des Versuchs den Brückenschlag zu den Völkern des Ostens zu finden. Hier bietet sich das Thema des Gewaltverzichts an.

Die Suche nach Friedenssicherung in einer von vielen Gefahren bedrohten Welt, beansprucht nicht nur guten Willen; zu ihrer Verwirklichung bedarf es auch der Kühnheit und der Phantasie unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vergangenheit. In diesen Tagen werden im Zusammenhang mit den Gesprächen, die der Sonderbeauftragte des Bundeskanzler, Staatssekretär Egon B a h r, im Einvernehmen mit Außenminister S c h e e l mit dem sowjetischen Außenminister G r o m y k o. Vertreter einer Weltmacht, führt, wahrhaft phantastische Kombinationen und Spekulationen in die Welt gesetzt. Man vermutet viel Geheimnisvolles und viel Hintergründiges. Die Wahrheit ist jedoch einfach und jedem Gutwilligen erkennbar. Im Bestreben, den Völkern die Furcht vor einem Kriege zu nehmen und ihre Energien auf die Werke des Friedens zu konzentrieren, soll keine mögliche Chance vertan werden. Das gebietet das Lebensinteresse unseres Volkes.

Die Regierung Brandt/Scheel will sich und wird sich nicht vor künftigen Generationen dem Vorwurf aussetzen, sie hätte versäumt zu tun, was die besondere Lage unseres Volkes verlangt. Dies geschieht im vollen Einverständnis mit unseren westlichen Freunden, für die ein deutscher Beitrag zum Frieden eine unerläßliche Bestätigung für ihr eigenes Bemühen ist, Europa sicherer zu machen. Nur im gesicherten Frieden kann Europa zu sich selbst finden. Wer will hier abseitsstehen? Diejenigen schließen sich aus, die heute noch ausschließlich dem nationalstaatlichen Denken den obersten Stellenwert politischen Handelns beimessen.

Erfreuliches Ergebnis

Regierung Brandt/Scheel im Lichte einer großen Meinungsumfrage
80 Prozent sind mit Leistungen zufrieden

sp - Es ist kaum anzunehmen, daß die Oppositions-Parteien CDU/CSU sowie die ihr nahestehenden Publizisten die Hand am Pulsschlag des Volkes haben. Die ersten 100 Tage der Regierungstätigkeit der Bundesregierung Brandt/Scheel wurden von dieser Seite gründlich verrissen. Nichts war gut, alles war schlecht.

Ganz anders sehen das wohl die Wähler.

- * Nach einer Umfrage der Wickert - Institute in Tübingen
- * erklärten sich 80 Prozent aller Wahlberechtigten zufrieden mit
- * der Politik der neuen Bundesregierung in den ersten 100 Tagen
- * ihrer Amtszeit.

- * 64 Prozent halten die Regierungsarbeit für "zufriedenstellend",
- * 10 Prozent für "gut" und sechs Prozent für "sehr gut".

- * Nur jeder fünfte Wahlberechtigte findet die Arbeit der SPD/FDP-
- * Koalition schlecht.

Viele Frauen scheinen kritischer zu sein als die Männer. 22 Prozent der negativen Äußerungen kommen von Frauen; bei den Männern sind es nur 17 Prozent.

Sehr interessant sind die Antworten auf einige detaillierte Fragen, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Bewertung der Regierungstätigkeit den Befragten von den Wickert-Instituten gestellt wurden.

- * 27 Prozent von ihnen meinen, die Regierung müßte noch mehr für
- * die Preisstabilität tun.

- * 14 Prozent wollen eine aktivere Bildungspolitik.

- * 12 Prozent erwarten von der Regierung eine bessere Renten-
- * politik.

- * Ein stärkeres Engagement der Bundesregierung für eine Politik
- * der Erhaltung des Friedens und für eine aktivere Ostpolitik er-
- * warten 10 bzw. 11 Prozent der befragten Wähler.

Die Wickert-Institute, die diese Umfrage für ihre eigene Grundlagenforschung veranstaltet hatten, konnten bei der Auswertung der Antworten die Befragung von 1.978 Wahlberechtigten zugrunde legen.

Für die Bundesregierung wird dieses Ergebnis ein Ansporn sein, die in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigte Politik zügig und kraftvoll fortzusetzen.

E-Werk verdrängt Donauromantik am "Eisernen Tor"

Insel Ada Kaleh versinkt in den Fluten

Von Rudolf Hornig

Donaufahrten gehörten zwischen den beiden Weltkriegen zu den romantischen und zugleich erlebnisreichen Reisevergnügungen in Mittel- und Südosteuropa. Zumeist auf Schiffen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft fuhr man von Wien nach Pressburg, Graß und Budapest, dann nach Belgrad und durch das Eisernen Tor auf der unteren Donau (links Rumänien, rechts Bulgarien) bis zu dem bulgarischen Zielpunkt Ruse (mit direkter Bahnverbindung nach Warna) oder dem rumänischen Endpunkt Galatz (nur rund 40 km vor dem Donaudelta). Es war eine Sechs-Länder-Fahrt. Landschaftlicher und romantischer Höhepunkt der Fahrt war das Passieren des 130 km langen Durchbruchstailes der Donau zwischen den Südkarpaten und dem Serbischen Gebirge mit der nur 122 Meter breiten Kananenge, der Insel Ada Kaleh und dem Eisernen Tor. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen diese Donaufahrten nur langsam wieder in Schwung. Sie werden jetzt auch von sowjetischen Passagierschiffen bestritten, die von Wien aus bis zum sowjetischen Izmail (Bessarabien) verkehren, wo die Möglichkeit gegeben ist, per Schiff Odessa einen Kurzbesuch abzustatten.

Ada Kaleh, die "Festunginsel", auch das "Gibraltar der Donau" genannt, kann nicht mehr angelaufen werden. Zum letzten Mal haben im vergangenen Jahr Touristen die Insel besuchen können. Die 9 km unterhalb der rumänischen Donaustadt Orsova, zu der sie als "Neu-Orsova" verwaltungsmäßig gehörte, mitten im Strom langgestreckt liegende Insel ist von ihren türkischen Bewohnern bereits geräumt worden und wird demoliert. Sie wird in dem seit 1964 im Entstehen begriffenen Stausee der Donau am Eisernen Tor versinken und ihre Bauten sollen den Schiffen nicht gefährlich werden. Auch Orsova muß dem Stausee weichen, der die berüchtigten schmalen und seichten Fahrtrinnen beseitigen und dessen E-Werk am Staudamm einmal 22 Milliarden kWh Strom liefern wird.

Die Romantik der Insel beruhte auf den Überresten der Festung aus der Zeit Karls VI., der seine Eroberungen auf dem Balkan 1739 hatte wieder aufgeben müssen, auf den Festungsanlagen der Türken, die Ada Kaleh 1758 eingenommen und dann neu besiedelt hatten, - vor allem jedoch darauf, daß Ada Kaleh jahrhundertlang eine Türken-Enklave inmitten der hier nach der Kanan-Enge rasch dahinströmenden Donaupluten bildete. Eine Türken-Enklave mit Moschee und zierlichem Minarett, mit echten Türkerhäusern und einem kleinen Basar, der in diesem Teil Südosteuropas einmalig war.

1878 wurde Ada Kaleh von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt, doch beim Berliner Kongreß übersah und vergaß man die Insel, als man die Grenzen der Balkanstaaten festlegte. Die Türken auf der Insel blieben unter der Glaubenshoheit des (fernen) türkischen Sultans, die nur aus wenigen Mann bestehende österreichisch-ungarische "Besatzung" der Insel "mischte sich nicht ein". Erst 1914, bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, besetzten Truppen der Donaumonarchie die Insel, ohne daß sie in diesem Krieg dann eine Rolle spielte. 1919 wollten sie die Jugoslawen haben, aber sie fiel an Rumänien, bei dem sie seither verblieben ist.

Auch die Rumänen ließen nach 1919 die Inseltürken in Ruhe. Ada Kaleh war mit ihren Bewohnern eine willkommene Attraktion des Fremdenverkehrs auf der Donau. Die Touristen kauften im Basar echte türkische Süßigkeiten und lauschten dem Muezzin, wenn er die Gläubigen in die gleiche Richtung nach Mekka schräg in den alten Festungsbauten angelegte kleine Moschee rief. Diese Donauromantik ist nun endgültig vorbei.

Die Nachwehen des Bürgerkriegs in Nigeria

Nigerias Triumph über Biafra entzweit die britische Nation

Von Hans Joachim Werbke, London

Von den fünf Millionen Pfund (knapp 45 Millionen Mark), die die britische Regierung unmittelbar nach Beendigung des nigerianischen Bürgerkriegs zur Linderung der Hungersnot und ärztlichen Betreuung aussetzte, ist eine Million schon aufgebraucht. Nach anfänglichen Verzögerungen, die entstanden, weil London seine Hilfe Lagos auf Zehenspitzen andiente, um nicht Empfindlichkeiten zu verletzen, können nun Anforderungen der nigerianischen Bundesbehörden nach Medikamenten und dergleichen binnen 24 Stunden erfüllt werden. Vor allem Fahrzeuge für den Landtransport proteinreicher Lebensmittel sind britischerseits zur Verfügung gestellt worden. Die beiden Frontbänke von Regierung und Opposition sind sich über Richtung und Haltung der britischen Politik gegenüber Nigeria einig.

Nicht so die Hinterbänkler und die Organe der öffentlichen Meinung. Von Fernsehen und Presse werden die dramatischen Einzelgeschichten über hungernde Kinder, vergewaltigte Frauen, plündernde Soldaten in kräftigen Farben herausgestellt. Der Everestbezwinger Lord Hunt, der als Sonderkundschafter des britischen Regierungschefs in Nigeria fungierte, warf den Massenmedien eine Verzerrung der Perspektiven vor, sein eigener Bericht über die Verhältnisse suchte die Lage mit nüchternem Augenmaß zu schildern, was wiederum den Vorwurf auf sich zog, hier würde Weißwäscherei getrieben.

Der konservative Vorkämpfer für die Sache Biafra, Hugh Fraser, der eine Dringlichkeitsdebatte des Unterhauses erzwang, die ohne Abstimmung ausging, warf der Regierung vor, sie beruhige sich mit einer "halbherzigen und nicht wirklich durchgreifenden Hilfsaktion". Von den Labour-Bänken her machte der exzentrische Verleger und Journalist Woodrow Wyatt eine Schmähattacke gegen die Massenmedien, die biafranische Propaganda ausstreuten und nachplapperten, es dünkte ihn gefährlich, daß wichtige Meinungsorgane wie die Times und die BBC in den Händen von Katholiken seien; für diese Bemerkungen quittierte er Empörung auf allen Seiten.

In den Leserbriefspalten schreiben sich Kenner und Nichtkenner der nigerianischen Verhältnisse die Finger wund: Unterernährung wird als

ein altes, nicht durch den Bürgerkrieg verursachtes nigerianisches Problem dargestellt; die Einmischung der Hilfsorganisationen als Versuch der Fortführung von Kolonialismus und Imperialismus angeprangert; die Franzosen bekommen Schelte wegen ihrer Unterstützung für die Sezessionisten; die britischen Waffenlieferungen an Lagos, die russische Infiltrierung bekommen ihr gerütteltes Schuldmaß - kurz, die Briten sind aufgebracht, einige kehren den alten Kolonialisten heraus und meinen, es den Nigerianern zeigen zu müssen, bei anderen ringen Schuldkomplexe und ein stets waches Gefühl für Menschlichkeit nach einem Ausdruck der Befreiung von einem Alptraum.

Nur Zyniker und Realisten sprechen aus, was hinter dem feinen Gespinnst von Rechtfertigung, diplomatischem Takt, moralischem Eifer und echter Hilfsbereitschaft steht: der Wunsch der britischen Regierung, sich des nigerianischen Öls zu versichern. Bis zum Bürgerkrieg bezog das Vereinigte Königreich etwa zehn Prozent seiner Öleinfuhren aus Nigeria. Nach Expertenschätzungen können binnen drei, vier Jahren bei der Erschließung der mittelnigerianischen neuen Fundstellen rund vierzig Prozent des britischen Ölbedarfs von Nigeria gedeckt werden. Da der Umsturz in Libyen die britische Ölzufuhren dorthin in Frage stellt, gewinnt die nigerianische Ölproduktion für die Briten immenses Interesse. Dieses Interesse stößt sich mit dem sowjetrussischen.

Die Russen, die sich mit ihren Waffenlieferungen, meist Flugzeugen, Einfluß auf diesen volkreichen und prosperierenden Staat erhoffen, nicht zuletzt durch einige hundert Berater und aktive Unterstützung eines Teiles des Gewerkschaftswesens, sehen Nigeria als ideologischen Kampfplatz mit den Rotchinesen um die Eroberung der Dritten Welt. Dem sucht die britische Politik auf ihre Weise entgegenzuwirken. Da sie weiß, wieviel auf dem Spiel steht, nimmt sie den Vorwurf des Opportunismus in Kauf, legt aber zugleich die Tarnkappe der Hilfsbereitschaft an - und steckt von allen Seiten Schläge ein. Die vermeintliche Indifferenz soll der Führung Nigerias Zutrauen zu sich selbst verschaffen, denn ihr fällt nun nach den 920 Tagen des Sezessionsversuchs die Aufgabe zu, die Enklave in den Bundesaufbau zu integrieren, ein Bürgerkriegsheer zu demobilisieren und zu zivilisieren, die rebellischen Ibos mit den anderen Stämmen zu versöhnen und ein Militärregiment in eine Verfassungsdemokratie zurückzuwandeln.